



Gettorf, 07.10.2013

1.

**Herrn Bürgermeister
der Gemeinde Gettorf
Jürgen Baasch
Karl-Kolbe-Platz 1
24214 Gettorf**

2.

**Herrn Amtsdirektor
des Amtes Dänischer Wohld
Matthias Meins
Karl-Kolbe-Platz 1
24214 Gettorf**

3.

**Herrn Amtsvorsteher
des Amtes Dänischer Wohld
Kurt Arndt
Karl-Kolbe-Platz 1
24214 Gettorf**

Unterbringung von Asylbewerbern und Spätaussiedlern durch das Amt Dänischer Wohld

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Baasch,
sehr geehrter Herr Amtsdirektor Meins,
sehr geehrter Herr Amtsvorsteher Arndt,

die zurzeit aufgekommenen Probleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern/Spätaussiedlern im Zuständigkeitsbereich des Amtes Dänischer Wohld sind in den antragsstellenden Fraktionen diskutiert und besprochen worden. Insbesondere der Bericht des Flüchtlingsbeirates vom 13.09.2013 und die Beratungen in den Gremien des Amtes (Haupt- und Amtsausschuss) haben sehr deutlich gemacht, dass die Unterbringung der Menschen in Schinkelhütten zu erheblichen Problemen führt, die dort vor Ort nicht zu lösen sind. Aus Sicht der Fraktionen sind zeitnahe Maßnahmen unabdingbar, um die Zustände nachhaltig und für die Betroffenen angemessen zu lösen.

Die Fraktionen stellen folgenden Antrag:

„Die Gemeindevertretung Gettorf möge wie folgt beschließen:

1.

Die Gemeinde Gettorf erklärt ihr grundsätzliches Einverständnis, dem Amt Dänischer Wohld zugewiesene Asylbewerber / Spätaussiedler vorrangig in Gettorf unterzubringen.



2.

Bis zur Verfügbarkeit entsprechender Unterbringungsmöglichkeiten in Gettorf ist eine mögliche Übergangslösung zu prüfen. In diesem Zusammenhang sind Gespräche mit den Verantwortlichen der „Brücke e. V. Rendsburg-Eckernförde“ aufzunehmen, ob ggfls. das jetzt nicht mehr genutzte Alten- und Pflegeheim im Hainweg zur Verfügung stehen könnte. Führen diese Gespräche nicht zu einer kurzfristigen Verbesserung der aktuellen Situation, ist umgehend zu prüfen, welche alternativen Sofortmaßnahmen ergriffen werden können.

3.

Solange die Asylsuchenden / Spätaussiedler in Schinkelhütten untergebracht sind und erforderliche Unterstützungen durch die ehrenamtliche Arbeit des Flüchtlingsbeirates nicht mehr geleistet werden können, sind diese durch professionelle Dienste, in Absprache mit dem Flüchtlingsbeirat, zu erbringen.

4.

Hinsichtlich der entstehenden Kosten sind die amtsangehörigen Gemeinden entsprechend der jetzigen Vereinbarung zu beteiligen.“

Bei Bedarf erfolgt eine weitere mündliche Begründung.

Für die SPD-Fraktion

gez.
Joachim Wendt-Köhler
Michael Janowski

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

gez.
Bodil Maria Busch